
PRESSEMITTEILUNG

EUROPAVERBAND DER SELBSTÄNDIGEN – C.E.D.I.
(CONFÉDÉRATION EUROPÉENNE DES INDÉPENDANTS)
BUNDESVERBAND DEUTSCHLAND – BVD E.V.

06 – 07. Juni 2006

Europaverband der Selbständigen kritisiert - Armut betrifft immer mehr auch Selbständige und Gewerbetreibende

Berlin. In scharfer Form kritisiert der Präsident des Europaverbandes der Selbständigen CEDI, Bundesverband Deutschland-BVD e.V., Kuni Ludwig Both, zunehmende Armutstendenzen bei Selbständigen und Gewerbetreibenden in Deutschland und fordert von der Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen: „Seit mehreren Jahren beobachten wir mit Sorge zunehmende Armutstendenzen bei einem immer größer werdenden Teil der Selbständigen und kleinen Gewerbetreibenden. Nach einer lang andauernden konjunkturellen Schwächephase, fehlender Kaufkraft und sich ständig verschlechternder allgemeiner Rahmenbedingungen sind jetzt viele der ca. 3 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an den Grenzen ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit angelangt.“

Jetzt bringt Hartz IV die Ergebnisse der ständigen politischen Vernachlässigung dieses wichtigen Wirtschafts- und Beschäftigungssektors an den Tag: Immer mehr KMUs müssen den Gang zu den Sozialämtern antreten. Unbestätigten Zahlen zufolge sind bis zu 300.000 Selbständige und Kleinunternehmer antragsberechtigt, liegen also mit ihren erzielten Einkünften unter der Armutsgrenze. Ebenso viele sind bereits nicht mehr krankenversichert, weil aus privater Versicherung herausgefallen, die gesetzlichen Krankenkassen die Aufnahme verweigern.

Während die Gesamtzahl von Insolvenzen in Deutschland seit geraumer Zeit rückläufig ist, wächst die Zahl der unter Privatinsolvenzen geführten wirtschaftlichen Zusammenbrüche von Kleinunternehmen stetig. Allein im Februar des Jahres belief sie sich auf über 2.000. Jetzt steht zu befürchten, dass die jüngst beschlossene Mehrwertsteuererhöhung und exorbitant steigende Energiepreise das Aus für viele kleine Unternehmen bedeuten. Für viele bedeutet dies auch wegen fehlender sozialer Absicherung, beispielsweise bei der Altersvorsorge, eine klare Existenzgefährdung. Diese zum Teil dramatische Entwicklung kann vom BVD nicht hingenommen werden.

Der BVD fordert deshalb von der Bundesregierung endlich eine klare Pro-KMU-Politik. Das Risiko, sich in Deutschland selbständig zu machen, muss nicht nur sozial abgedeckt werden. Die wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für kleine Betriebsgrößen müssen verbessert, der Schutz vor Discontern und sog. „Grüner Wiese“ endlich ernsthaft angegangen werden.

Eine Kombination aus Almosen und Hungerlohn kann keine Perspektive für diejenigen sein, die der deutschen Wirtschaft u. a. einen Großteil der Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.“

Weitere Infos entnehmen Sie bitte der neuen Ausgabe des GewerbeReport unter:
www.gewerbereport.com oder www.bvd-cedi.de

Hintergrund-Information:

- *Der „Europaverband der Selbständigen (CEDI)/Bundesverband Deutschland (BVD)“ zählt zu den ältesten branchenübergreifenden, politisch neutralen Spitzenverbänden der Selbständigen in Deutschland. Bundesweit vertritt der Verband ca. 10.000 direkte Mitglieder und ca. 340.000 Mitglieder über die ihm angeschlossenen Verbände. Speziell die Interessen der rund 3 Millionen Selbständigen mit weniger als 10 Mitarbeitern liegen dem BVD/CEDI am Herzen.*

**Rückfragen bitte an Pressestelle, 66538 Neunkirchen, Tel.: 0 68 21 / 30 62 40, Fax 0 68 21 / 30 62 41.
Ansprechpartner: Kuni Ludwig Both, Mobil: 0171 / 770 19 66, E-Mail: both@bvd-cedi.de**

Bei Veröffentlichung erbitten wir die Zusendung eines Belegexemplars.

Hauptgeschäftsstelle Berlin: Haus der Bundespressekonferenz, Büro 2303
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 20 45 98 54, Fax 20 45 53 20

**Postanschrift
Geschäftsstelle Neunkirchen: Hüttenbergstr. 38 – 40, 66538 Neunkirchen,
Tel.: 0 68 21 / 30 62 40, Fax 30 62 41**

Internet: <http://www.bvd-cedi.de>